



MAGAZIN



Meinung

Frieden auf die Agenda!

Thema

Nordmazedonien vor entscheidenden Wahlen

Reportage

Proteste im Libanon überwinden alte Feindschaften

Im Gespräch

Aktivist Ramesh Sharma

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache – Nachrichten

5 Meinung

Frieden auf die Agenda!
Forderungen an die deutsche
EU-Ratspräsidentschaft



6 Thema

**Lackmustest für eine
fragile Demokratie**
Nordmazedonien vor
entscheidenden Wahlen



10 Im Gespräch

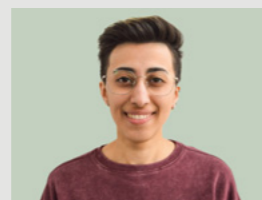
„Es liegt in unseren Händen!“
Aktivist Ramesh Sharma über
gewaltfreien Protest



14 Im Fokus

16 Im Porträt

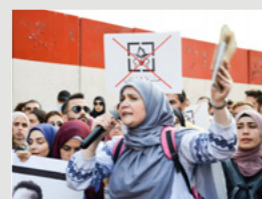
**„Eine wundervolle
Erfahrung fürs Leben“**
Neshtiman Ramathan, Akademie-
Absolventin aus dem Nordirak



18 Friedenspolitik & Kurznachrichten

20 Reportage

Ein Land steht auf
Proteste im Libanon überwinden
alte Feindschaften



24 Rätsel & Rezept

26 Stiftung

27 Spenden

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Thomas Oelerich, Hannah Sanders,
Eva Schimmelpfennig
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD



© Vanco Dzamboski, CC BY-NC-SA 2.0

Zum Titel

Das Bild zeigt eine Teilnehmerin auf der Demonstration der Bewegung „Protestiram“ (ich protestiere) in Skopje am 21. April 2016. Es war der neunte Tag der Proteste gegen die damalige mazedonische Regierung und den Präsidenten.

Am Vortag war erstmals in einem Bericht die Bezeichnung „Bunte Revolution“ aufgetaucht. Die Protestierenden hatten Farbbeutel auf Regierungsgebäude und viele der von der autokratischen Regierung errichteten Monumente geworfen.

Auslöser der Proteste war die Entscheidung des damaligen Präsidenten Ivanov, Korruptionsermittlungen gegen den Premierminister und weitere Mitglieder der regierenden Partei zu stoppen.

Das Land war tief gespalten. Auch in den folgenden Wochen gingen landesweit Tausende Menschen für und gegen die Regierung auf die Straßen. Nach den Neuwahlen im Dezember desselben Jahres wurde der bisherige Oppositionsführer Zoran Zaev neuer Regierungschef. Trotz zahlreicher Reformen konnte er die hohen Erwartungen der Protestbewegung nicht voll erfüllen. Am 12. April stellt er sich erneut zur Wahl. Mehr zum Thema erfahren Sie ab Seite 6.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zukunft wird von Menschen gemacht, sie liegt in unserer Hand. Der Glaube daran mag uns manchmal verloren gehen, und dennoch ist es genau diese Überzeugung, die Veränderung möglich macht.

In Mazedonien, heute Nordmazedonien, haben die Aktivistinnen und Aktivisten der sogenannten Bunten Revolution 2016 daran geglaubt und schon viel erreicht. Ob weitere Fortschritte folgen, entscheidet sich bei den Wahlen im April und bei einem der nächsten EU-Gipfel. Dann müssen die europäischen Regierungsverantwortlichen endlich den Weg für Beitrittsverhandlungen frei machen.

Im Libanon sind die Proteste gegen Korruption und für ein demokratisches System jenseits ethnischer und religiöser Machtteilung in vollem Gange. Ausgang offen.

In Indien ist im vergangenen Oktober ein Marsch nach Genf gestartet. Das Ziel der Teilnehmenden: Gerechtigkeit und Frieden. Das werden sie bei ihrer Ankunft am Sitz der Vereinten Nationen einfordern.

Im Nordirak beginnen Neshtiman Ramathan und das kleine Team des forumZFD in diesen Monaten mit der Friedensarbeit in einer von Zerstörung, Gewalt und Traumatisierung geprägten Region.

In dieser Ausgabe erzählen wir Ihnen von all diesen Bewegungen und den Menschen, die sich für positive Veränderungen einsetzen. Sie tun es, weil es das Richtige ist, auch wenn sie nicht immer wissen, wie es ausgeht.

Eine bewegende Lektüre wünscht Ihnen

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

In eigener Sache

Alpenrepublik führt Zivilen Friedensdienst ein Österreichische Regierung prüft Dienst nach deutschem Vorbild



Der internationale Versöhnungsbund in Österreich hatte vor den Nationalratswahlen 2019 für einen Zivilen Friedensdienst (ZFD) geworben und ein entsprechendes Gesetz vorgeschlagen. Die österreichischen Grünen nahmen die Forderung schließlich in ihr Wahlprogramm auf und sie fand Eingang in das Regierungsprogramm von ÖVP und

Grünen. Oliver Knabe, Vorstand des forumZFD, gratulierte den Freundinnen und Freunden vom österreichischen Versöhnungsbund, die sich seit Jahren für die Initiative eingesetzt hatten. Das forumZFD hat sich seit der Einführung des deutschen Zivilen Friedensdienstes vor 20 Jahren für vergleichbare Programme in anderen europäischen Ländern engagiert. ■

© Julius Silver, Pixabay

Nachhaltiges Spendenkonto eröffnet

Das forumZFD hat ein zweites Spendenkonto bei der GLS Gemeinschaftsbank, einer sozial wie ökologisch nachhaltigen Genossenschaftsbank, eingerichtet.

Anlass waren die Rückmeldungen einzelner Unterstützerinnen und Unterstützer, die ihre Spende für unsere Friedensarbeit nicht auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft (BFS) überweisen wollten, nachdem die Bank dem Verein „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“ das Konto gekündigt hatte. Der Kündigung war eine Kampagne mit massi-

vem öffentlichen Druck auf die BFS vorausgegangen. Die Kampagne warf dem Verein und seinen jüdischen Mitgliedern Israelfeindlichkeit, Antisemitismus und die Unterstützung des Boykott-Aufrufs „BDS“ vor.

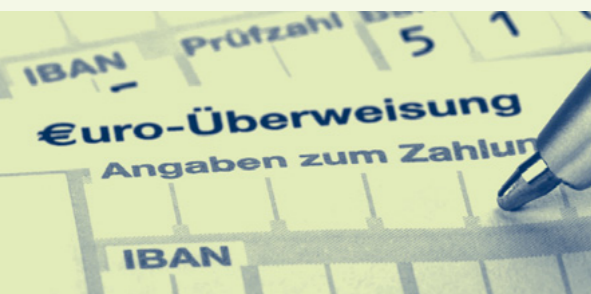
Dem gemeinnützigen Verein „Jüdische Stimme“ gehören Frauen und Männer jüdischer Herkunft in Deutschland an, die sich gewaltfrei für eine gerechte Friedenslösung zwischen Israel und Palästina einsetzen und mit deutlichen Worten und Aktionen die israelische Besatzung kritisieren. Für sein Engagement ist der Verein im vergangenen Jahr mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet worden, den auch das forumZFD (2005) bereits erhalten hat.

Das forumZFD hatte sich bereits vor drei Jahren an den Vorstand

der BFS-Bank gewandt, als die Bank erstmals eine Kündigung des Kontos des Vereins angekündigt hatte, und die Entscheidung als unangemessene Einschränkung zivilgesellschaftlichen Engagements kritisiert. Damals nahm die Bank den Beschluss nach breiter Kritik zurück, setzte ihn aber nun Anfang 2019 endgültig um, „um Schaden von der Bank abzuhalten“. Wir bedauern diese Entscheidung.

Um allen Spenderinnen und Spendern des forumZFD die Möglichkeit zu geben, unsere Friedensarbeit zu unterstützen, ohne ein Konto der BFS-Bank zu nutzen, haben wir ein zweites Spendenkonto bei der GLS Gemeinschaftsbank eingerichtet. Wir haben damit zugleich eine Bank als Partner, die sich zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien verpflichtet. ■

© Pixabay



Frieden auf die Agenda! Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

von Oliver Knabe



Am ersten Juli 2020 übernimmt die Bundesregierung turnusmäßig für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

Bundeskanzlerin Merkel plant für die deutsche Ratspräsidentschaft bereits außenpolitische Schwerpunkte: den ersten Gipfel der EU-Mitgliedsstaaten mit China und einen Gipfel mit den Staaten der Afrikanischen Union. Sie knüpft damit an die Forderung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem stärker „geopolitischen Europa“ an.

Doch dabei darf es nicht allein um Wirtschaftsfragen und Migration gehen. Angela Merkel wird ihrer Verantwortung für das vornehmste Ziel der Union, „den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“, nur gerecht werden, wenn sie in den anstehenden Gipfeltreffen konsequent friedenspolitische und menschenrechtliche Fragen auf die Tagesordnung setzt.

Das beginnt mit Fragen der Einhaltung der Menschenrechte in China

und der EU. Auch Regeln für menschliche Sicherheit in globalen Lieferketten gehören auf die Agenda. China ist längst ein globaler Akteur, der auch in vielen Konfliktregionen Einfluss nimmt.

Darum sollte die Bundesregierung im Konzert mit den EU-Mitgliedsstaaten ausloten, wie China in multilaterale Friedensförderung eingebunden werden kann.

Auch in den Gesprächen mit der Afrikanischen Union gehört Frieden oben auf die Agenda. Deutschlands Zusammenarbeit mit der Union in den Bereichen Mediation und ziviler Friedensförderung können hierfür einen Ansatzpunkt bilden – aber ohne auf die falsch deklarierte „Friedensfazilität“ zu setzen, mit der außerhalb des regulären EU-Haushalts Waffen und Ausrüstung für Partnerländer finanziert werden sollen. Um hier gut geerdet zu sein, sollte die Bundesregierung als Ratsvorsitzende den Austausch mit kritischer Zivilgesellschaft suchen. Denn zivilgesellschaftliche Bewegungen sind weltweit die wichtigsten Träger friedlichen Wandels.

„Wir müssen immer wieder alles tun, um Friedensprozesse in Gang zu setzen, selbst wenn dies noch so schwierig ist“, erklärte die Bundeskanzlerin beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos mit Blick auf den Nahen Osten.

Das ist ein ehrenwerter Vorsatz, doch die Europäische Union kann in den nächsten Monaten noch weit mehr tun, um Frieden strukturell vorzubereiten:

Unter deutschem Vorsitz wird der mehrjährige Haushaltsplan der EU verabschiedet werden. Wenn die Europäische Union systematisch Frieden fördern will, muss sie mehr für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele investieren und zivile Programme zur Friedensförderung ausbauen und zum Beispiel das angekündigte Kompetenzzentrum für zivile EU-Missionen einrichten. Die Milliarden, die für neue Rüstungsprojekte vorgesehen sind, leisten dagegen keinen Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, genauso wenig wie ein Aufweichen der Kriterien für europäische Rüstungsexporte.

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gestaltet die deutsche Bundesregierung die europäische Agenda des Rates: Frieden und Menschenrechte gehören ganz nach oben! ■

forumZFD-Vorstand
Oliver Knabe



Lackmустest für eine fragile Demokratie

Nordmazedonien vor entscheidenden Wahlen

von Boris Georgievski

Am 12. April dieses Jahres, genau vier Jahre nach Beginn der sogenannten Bunten Revolution, werden die Menschen in Nordmazedonien erneut über die Zukunft des Landes entscheiden. Diesmal an der Wahlurne. Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Nordmazedonien werden von vielen als Lackmустest für das Land angesehen, das noch vor drei Jahren von der Europäischen Kommission als Klientelstaat bezeichnet wurde.



© Vanco Dzambaski, CC BY-NC-SA 2.0

Auch Mariglen Demiri kann am 12. April seine Stimme abgeben. Der ehemalige Student und jetzige Universitätsdozent für Philosophie war einer der Ersten, die im Jahr 2015 protestierten und sich aktiv gegen den Versuch der Regierung von Nikola Gruevski wehrten, die Unabhängigkeit der Universität in Nordmazedonien einzuschränken. Ein Jahr später war er wieder auf den Straßen und demonstrierte gegen Ungerechtigkeit und wachsenden Autoritarismus in der Gesellschaft. Später wurde die Bewegung als die Bunte Revolution bekannt.

Vom Vorbild zum Sorgenkind

Während der zehnjährigen Regierungszeit von Nikola Gruevski und seiner konservativ-nationalistischen Partei VMRO-DPMNE in den Jahren 2006 bis 2016 entwickelte sich Mazedonien vom Vorbild zum Sorgenkind in Südosteuropa. 2005 hatte Mazedonien noch den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten. Doch dann brachte Gruevski innerhalb weniger Jahre die Justiz, Medien und Verwaltung unter seine Kontrolle und verwandelte den kleinen Balkanstaat in eine autoritäre Demokratie.

Erst 2015 kam das Ausmaß der Korruption und Miswirtschaft ans Licht, nachdem der damalige Oppositionsführer Zoran Zaev geheime Tonaufnahmen aus Gesprächen zwischen Gruevski und seinen Vertrauten veröffentlicht hatte. Tausende Menschen demonstrierten fast täglich in der Hauptstadt Skopje und an anderen Orten gegen die Regierung. Es war der Beginn der Bunten Revolution. Die Protestbe-

Kurz vor den anstehenden Wahlen erreicht der Ruf nach Gerechtigkeit seinen Höhepunkt. Viele Menschen haben das Vertrauen in die politische Elite verloren.

wegung verdankt ihren Namen den vielen Farbbeuteln, die die Demonstrierenden auf Regierungsgebäude, Gerichtshöfe und weitere Symbole des Gruevski-Regimes warfen. Für Mariglen Demiri und Tausende andere wurden die Farbbeutel zum Symbol des Widerstands.

Nach der Veröffentlichung der ersten Abhörbänder dauerte es noch mehr als zwei Jahre, bis Gruevskis Regime endlich zurücktrat. Seine Anhängerschaft stürmte am 27. April 2017 sogar das Parlament in Skopje, um ihn und sein Umfeld vor dem Niedergang zu retten. Doch schließlich übernahm die neue Regierung das Amt. Unter der Führung des reformorientierten proeuropäischen Premierministers Zoran Zaev gelang es ihr, jahrzehntelange historische Streitigkeiten mit den Nachbarländern Griechenland und Bulgarien beizulegen. Zaev setzte die erforderlichen Reformen um und machte damit den Weg zur Mitgliedschaft in der NATO frei sowie zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

„Der Staat ist in einem zerrütteten Zustand“

Diese Fortschritte stehen jetzt auf dem Spiel. Die Abstimmung am 12. April wird die proeuropäische Agenda der Regierung und die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte auf die Probe stellen. Es ist vor allem der Bunten Revolution zu verdanken, dass es Zaev und seiner sozialdemokratischen Partei gelang, Nikola Gruevski und die VMRO-DPMNE nach zehn Jahren an der Macht zu stürzen. Aber der Universitätsdozent Demiri und viele andere Teilnehmende der Protestbewegung sind auch mit der neuen Regierung unzufrieden. „Die politischen Veränderungen, die wir alle befürwortet und gefordert haben, sind bislang sehr klein und fast nicht zu erkennen angesichts des zerrütteten Zustands, in dem sich dieser Staat noch immer befindet“, so Demiri.

Im Gegensatz zu den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, die nach dem Wechsel führende Regierungspositionen einnahmen, müssen sich Demiri und viele seiner Kameradinnen und Kameraden immer noch vor Gericht gegen Klagen wegen ihrer Rolle in der Bunten Revolution verteidigen. „Seit vier Jahren bin ich ein regelmäßiger Besucher des Strafgerichtshofs in Skopje“, berichtet Demiri. „Egal ob zu Zeiten von Gruevski oder heute, der sogenannte Rechtsstaat gewährt jenen Gnade und Amnestie, die die Zuneigung der Machthabenden genießen.“

Der Ärger und die Enttäuschung von Menschen wie Demiri, die sich in den vergangenen vier Jahren für politische Veränderungen im Land eingesetzt haben, könnten Zaevs Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtige Stimmen für den Machterhalt kosten.

Friedensabkommen spalten das Land

Die Abkommen mit Griechenland und Bulgarien, die der Regierung auf internationaler Ebene viel Unterstützung und Sympathie einbrachten, haben die Gesellschaft tief gespalten und dem Nationalismus Aufwind gegeben. Viele betrachten die Namensänderung mit dem Zusatz ‚Nord‘, die als Zugeständnis an Griechenland gemacht wurde, als Verrat und Bedrohung der nationalen Identität. Ähnlich kritisch sehen sie ein weiteres, weniger bekanntes Friedensabkommen mit Bulgarien, vor allem weil der östliche Nachbar die Existenz des mazedonischen Volkes und der mazedonischen Sprache immer noch nicht anerkennt.

Laut der jüngsten Umfrage, die von zwei Think Tanks im Land durchgeführt wurde, sind über 66 Prozent der ethnischen Mazedonierinnen und Mazedonier der Meinung, dass das Prespa-Abkommen mit Griechenland nicht umgesetzt werden sollte. Im Gegensatz dazu sprachen



Die Farbbeutel, mit denen die Demonstrierenden ihren Unmut kundtaten, wurden zum Symbol der Bunten Revolution.

sich über 68 Prozent der ethnischen Albanerinnen und Albanier, die etwa ein Viertel der Bevölkerung Mazedoniens ausmachen, für eine vollständige Umsetzung des Abkommens aus.

Dämpfer für Hoffnungen auf EU-Beitritt

Am 3. Januar trat Zoran Zaev als Ministerpräsident zurück. Damit machte er Platz für eine Übergangsregierung, die die vorgezogenen Wahlen organisiert. Seinen Rücktritt hatte Zaev bereits im Oktober letzten Jahres angekündigt, nachdem Frankreich auf dem Brüsseler Gipfel sein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit Nordmazedonien eingelegt hatte. Eine herbe

Enttäuschung für das Land, das seit 15 Jahren ein EU-Kandidat ist. Darüber hinaus machte die ablehnende Entscheidung das Hauptargument der Zaev-Regierung zunichte, demzufolge die Kompromisse mit den Nachbarländern Nordmazedonien auf schnellem Weg sowohl in die EU als auch in die NATO führen würden.

Politischen Analysen zufolge hat dieses Scheitern jedoch keinen entscheidenden Einfluss auf die anstehenden Wahlen. Es ist etwas anderes, das die Bürgerinnen und Bürger beunruhigt, erklärt Gordan Georgiev, Politologe und Professor an der Universität in Skopje: „Erstmals wird in allen Meinungsumfragen vor allem ein Anliegen als das drängendste Problem der

Gesellschaft bezeichnet: die Reform des Justizsystems und allgemein die Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Korruptionsbekämpfung.“

Es ist kein Zufall, dass dieser Ruf nach Gerechtigkeit gerade jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Für viele im Land war der positivste Aspekt des Sturzes von Gruevski und des anschließenden Machtwechsels die Bildung einer Sonderstaatsanwaltschaft. Unter der Führung von Katica Janeva wurde diese zum Symbol der Hoffnung auf Gerechtigkeit und auf eine konsequente Bekämpfung der Korruption in dem Balkanland. Überall in Nordmazedonien brachten die Menschen ihre Unterstützung für die Sonderstaatsanwaltschaft durch das Tragen von T-Shirts mit Janevas Silhouette zum Ausdruck.

Das änderte sich jedoch schlagartig im August letzten Jahres, als Janeva wegen der Mitschuld an einem Erpressungsskandal verhaftet wurde, der die Nation erschütterte. In den folgenden Monaten wurden mehrere hochrangige Beamte der

sozialdemokratischen Regierungspartei ebenfalls einer Beteiligung an dem Skandal bezichtigt.

Kein Vertrauen in das Establishment

Zerrissen zwischen der nationalistischen Opposition, die noch immer von Gruevski und seiner Anhängerenschaft kontrolliert wird, und einer potenziell korrupten Regierungspartei, ist es keine Überraschung, dass viele Mazedonierinnen und Mazedonier das Vertrauen in das politische Establishment verloren haben.

„Viele Menschen glauben nicht, dass eine der politischen Eliten Reformen in der Justiz durchführen kann“, sagt der Politologe Georgiev. „Solange keine umfassendere gesellschaftliche Mobilisierung stattfindet, werden die Probleme wahrscheinlich bestehen bleiben und sich weiter verschärfen. Während des Wahlkampfes werden sich die politischen Parteien in dieser Angelegenheit gegenseitig die Schuld zuweisen. Die vorherrschende Auffassung wird aber die sein, dass keine politische Elite die notwendigen Reformen wirksam in Angriff nehmen und gleichzeitig unparteiisch sein kann.“

Die letzten Umfragen bestätigen diese Einschätzung. Fast 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie keiner Politikerin, keinem Politiker und keiner politischen Partei vertrauen und dass sie mit der Regierung und der Opposition gleichermaßen unzufrieden sind.

So sieht es auch Mariglen Demiri. Mit der sozialdemokratischen Partei und der VMRO-DPMNE steht aus seiner Sicht nicht viel zur Auswahl. „Die Situation ist jetzt sehr ähnlich wie in den Zeiten der Bunten Revolution. Unser Kampf für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie wird nach den Wahlen weitergehen.“ ■

Boris Georgievski arbeitet für die Deutsche Welle in Nordmazedonien.

© Vanco Dzambaski, CC BY-NC-SA 2.0



Ende eines jahrzehntelangen Streits: Der nordmazedonische Premier Zoran Zaev (2. v. r.) und sein griechischer Amtskollege Alexis Tsipras (r.) unterzeichnen 2018 das Prespa-Abkommen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der EU-Beitrittskommissar Johannes Hahn waren für die Zeremonie extra angereist.

Drei Fragen an Ministerpräsident Zoran Zaev

Zoran Zaev trat am 3. Januar von seinem Amt als Ministerpräsident zurück und machte den Weg für Neuwahlen frei. In seinem letzten Interview als Regierungschef in Skopje sprach er mit dem forumZFD über die Bedeutung der bevorstehenden Wahl und das historische Abkommen mit Griechenland.

Welche Bedeutung hat das Prespa-Abkommen mit Griechenland für Nordmazedonien?

Zoran Zaev: Die offene Frage mit Griechenland nach dem Namen unseres Landes war eine unüberwindliche Hürde für unsere euro-atlantische Integration. Der Prespa-Vertrag ist ein langfristiges Freundschafts- und strategisches Bündnisabkommen zwischen Nordmazedonien und Griechenland. Es leitete eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern in allen Bereichen ein. Griechenland war schon früher einer der größten ausländischen Investoren unseres Landes und jetzt ist das Interesse sogar noch größer. Wir öffnen neue Grenzübergänge. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit in den benachbarten Regionen hat neuen Antrieb erhalten. All dies wäre ohne das Prespa-Abkommen nicht möglich gewesen.

Wird das Abkommen gefährdet, wenn die EU nicht endlich die Tür zur Vollmitgliedschaft öffnet?

Zoran Zaev: Wir hoffen aufrichtig und erwarten zu Recht, dass die Entscheidung, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, in den kommenden Monaten getroffen wird. Jede neue Aufschiebung würde die nationalistische Stimmung und jene Akteure im Land stärken, die

das Prespa-Abkommen annullieren wollen. Es ist ein politisches Abenteuer, das schwerwiegende und weitreichende Folgen für das Land haben kann. Ich und die Regierung, die ich leite, werden alles tun, um dies zu verhindern.

Das Abkommen hat die mazedonische Gesellschaft stark polarisiert. Wie gefährlich ist das und was tun Sie, um diese Spaltung zu überwinden?

Zoran Zaev: Das Prespa-Abkommen ist großartig für unser Land, und ich werde es immer verteidigen. Der Deal hat die Tür zur NATO geöffnet. Es liegt an uns, gemeinsam mit unseren europäischen Freunden den letzten Schritt zu tun und Verhandlungen mit der EU aufzunehmen, um der Union beizutreten. Jetzt haben wir die Gelegenheit, Seite an Seite mit den Stärksten und Entwickeltesten zu sitzen. Wir bauen eine Freundschaft mit Griechenland auf und ebnen den Weg für eine gemeinsame strategische Partnerschaft.

Die Volksabstimmung über die Verfassungsänderungen, die sich aus dem Prespa-Abkommen ergeben haben, war eine Entscheidung gegen Isolation, Unsicherheit und Armut. Sie gibt unserer jungen Generation die Möglichkeit, Seite an Seite mit der europäischen Jugend aufzuwachsen. ■



Titel links und rechte Seite: © millionscanwalk-film.com

„Es liegt in unseren Händen!“

Aktivist Ramesh Sharma im forumZFD-Interview

RAMESH SHARMA hat Hunderttausende für die Rechte der Landlosen in Indien auf die Straße gebracht. Jetzt organisiert er einen globalen Marsch vom indischen Neu-Delhi zum Sitz der Vereinten Nationen in Genf.

Wir sprachen mit ihm bei seinem Besuch beim forumZFD im Friedenshaus Am Kölner Brett.



© Stephan Röhl, CC BY-SA 2.0

Worum geht es bei Ekta Parishad?

Ramesh Sharma: Als Bewegung wollen wir die Veränderungen im Leben der ausgegrenzten Menschen erreichen. Erfolg bedeutet für uns nicht in erster Linie neue Gesetze oder Richtlinien im Sinne der Ausgegrenzten. Auch wenn sie auf struktureller Ebene wichtig sind. Am wichtigsten ist für uns, dass es sichtbare positive Veränderungen im Leben der Menschen gibt, die Hilfe benötigen. Der zweite große Aspekt ist, was wir den Prozess der Erkenntnis nennen. Wir versuchen den Menschen zu verdeutlichen, dass sie die Staatsbürgerinnen und -bürger dieses Landes sind, dass sie Rechte, Würde und die kollektive Macht haben, bedeutende Veränderungen in ihrem Leben vorzunehmen.

Wie kamen Sie selbst zur Bewegung Ekta Parishad?

Ramesh Sharma: Mein Weg zu Ekta Parishad begann 1998. Ich war begeistert, wie Ekta Parishad Probleme gewaltfrei löst und eine große Anzahl an Menschen in ganz Indien inspiriert. Am meisten hat mich der basisnahe Geist der Bewegung inspiriert.

Woran erkenne ich diese Basisnähe der Bewegung?

Ramesh Sharma: Die meisten unserer Anführer kommen aus den Dörfern. Als Teil der Dorfgemeinschaft hatten sie die Möglichkeit, an der Spitze einiger unserer Aktionen zu stehen, sie wurden für die Bewegung an größeren Verhandlungen beteiligt. So wuchsen sie nach und nach und sind jetzt wie nationale Anführer in Ekta Parishad.

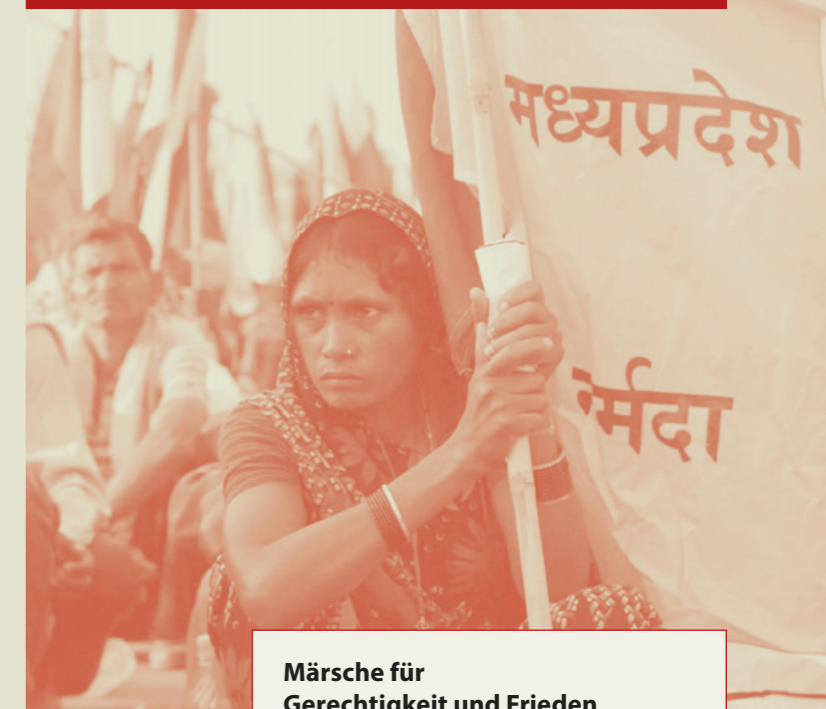
Aber wie überzeugen Sie Menschen, die offensichtlich mit ihrem täglichen Überleben zu kämpfen haben, ihre Zeit dem Engagement für Ekta Parishad zu widmen?

Ramesh Sharma: Für Tausende von Menschen, die schon mit dem Überlebensalltag zu kämpfen haben, ist es eine Hilfe, wenn sie in ihrem langen Kampf für gleiche Ressourcen und Chancen eine große Organisation wie Ekta Parishad an ihrer Seite wissen. Sie kämpfen nicht nur um ihr Überleben, sie kämpfen für ihre Identität, für Würde und Gleichheit. Die Bewegung wächst und wächst. Das ist der beste Beweis dafür, dass an der Basis die Erwartungen anwachsen.

Was können Europäerinnen und Europäer von ihrem Einsatz für Demokratie lernen?

Ramesh Sharma: Man kann nicht auf Demokratie hoffen, ohne sie im täglichen Leben zu praktizieren. Wir ermutigen die Menschen, beide Seiten der Demokratie zu verstehen. Die eine Seite sind diejenigen, die gewählt wurden und nun herrschen, der andere Teil sind die Bürger, die auch miteinbezogen werden müssen. Wir nennen es ‚Politik mit den Menschen‘. Demokratie ist für uns

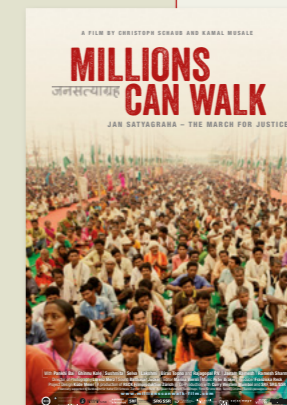
Ekta Parishad marschierte mit mehr als hunderttausend Landlosen nach Neu-Delhi, um ihr Recht auf Land einzufordern.



Märsche für Gerechtigkeit und Frieden

Ekta Parishad ist eine indische Basisbewegung, die sich nach den Prinzipien der Gewaltlosigkeit Mohandas Gandhis für die Rechte der Landbevölkerung einsetzt. Mehrere Hunderttausend

Menschen haben an ihren Märschen für Landreformen teilgenommen – eindrucksvoll dokumentiert in dem Film „Millions can walk“.



Am 2. Oktober startete die Bewegung einen einjährigen Marsch für Gerechtigkeit und Frieden, den Jai Jagat 2020 (deutsch: Sieg für alle), von Neu-Delhi nach Genf zum Sitz der Vereinten Nationen. Mehrere europäische Sternmärsche, aus Deutschland u. a. von Travemünde (Start: 05.07.2020), Berlin (12.07.2020) und Köln (02.08.2020), führen ebenfalls nach Genf. Dort findet zum Abschluss die Genfer Friedenswoche statt (26.09. bis 02.10.2020).

www.jaijagat2020.eu

jedoch mehr, als nur alle vier oder fünf Jahre die Stimme abzugeben, sie ist ein ständiger Prozess.

Wie funktioniert Demokratie innerhalb der Bewegung? Als ich zum ersten Mal hörte, dass Sie eine familienbasierte Mitgliedschaft haben, dachte ich, dass der Mann automatisch der Dorfleiter wird. Wie erreichen Sie die Beteiligung von Frauen in der Bewegung?

Ramesh Sharma: In jedem Dorf gibt es zwei leitende Funktionen: Präsident und Sekretär. Eine dieser beiden Positionen ist einer Frau vorbehalten. Frauen könnten also beide Positionen besetzen, Männer jedoch nur eine. Es geht nicht nur darum, einen formellen Raum für sie zu schaffen, sondern wir wollen sie zur Leitung der Organisation ermutigen.

Das Prinzip gilt für die gesamte Organisationsstruktur von Ekta Parishad. Mit Ekta Mahila Manch (Ekta Frauen Flügel) haben wir eine Gruppe, die explizit Frauen unterstützt.

In Indien kämpfen wir auch dafür, Frauen als Landwirtinnen anzuerkennen. Denn Frauen wenden die meiste Zeit und Energie für die Landwirtschaft auf, sie sind bis heute aber nicht als Landwirtinnen anerkannt. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen Landrechte erhalten.

Ihre Organisation bezieht sich auf Gandhi. Was bedeutet sein Erbe für die Bewegung heute?

Ramesh Sharma: Gandhi war ein junger Anwalt, der in eine privilegierte Familie geboren wurde und eine Ausbildung in Großbritannien absolvierte. Als er in Südafrika aus dem Zug geworfen wurde, wurde ihm zum ersten Mal in seinem Leben klar, dass die Menschenwürde jeden etwas angeht. Er reiste von Südafrika nach Indien, wo er entschloss, sich in das politische System einzumischen und Millionen von Indern zu helfen, die für die Freiheit kämpften. Mahatma Gandhi glaubte fest an Selbstreflexion.

Wie übertragen Sie das auf Ihre Organisation?

Ramesh Sharma: Als gandhianische Organisation machen wir manchmal Fehler. Wenn wir aber offen genug sind, um aus unseren Fehlern zu lernen und diese zu verbessern, ist dies die Lehre, die wir heute von Mahatma Gandhi umsetzen. Für uns ist Selbstreflexion ein schrittweiser Prozess der eigenen und gesellschaftlichen Verbesserung. Als große Basisbewegung glauben wir fest daran.

Demonstrantinnen und Demonstranten von Ekta Parishad bei einer Kundgebung für Landreformen im Jahr 2013.

Ich habe Ihnen viele Erfolgsgeschichten von Ekta Parishad erzählt. Glauben Sie mir, es gibt noch mehr Misserfolge. Allerdings gab uns jeder Misserfolg neue Denkanstöße, um unsere eigene Strategie und unser Verhalten zu korrigieren. Ich denke also, das ist es, was wir lernen müssen.

Würden Sie mir ein Beispiel für einen Misserfolg nennen?

Ramesh Sharma: Oh ja, natürlich. Ein Beispiel ist die Geschichte einer Region namens Raigarh in Chhattisgarh. Diese Region ist besonders bekannt für ihren Reichtum an Bodenschätzen. Außerdem leben dort viele Ureinwohner. Es gibt einen langen andauernden Kampf gegen die großen Konzerne, die in den 90er-Jahren das Land eroberten. Nach langen Auseinandersetzungen, Kampagnen und Demonstrationen verloren wir eines Tages die Hoffnung, über politischen Druck unser Ziel zu erreichen. Wir entschieden uns, Klagen gegen die Unternehmen einzureichen. Leider verloren wir vor Gericht, und die juristische Niederlage demoralisierte den gesamten Kampf.

Wir konnten die Gerichtsentscheidung nicht anfechten. Das war das Ende der Geschichte. Wir haben in Raigarh bis heute keinen nennenswerten Erfolg erzielt. Wir stehen den Menschen in ihrem lang anhaltenden Kampf aber immer noch bei.

Vielen Dank für diese Offenheit. Kommen wir zu etwas Hoffnungsvollem: die Kampagne Jai Jagat für Gerechtigkeit und Frieden. Ein einjähriger Marsch von Neu-Delhi nach Genf.

Bilder unten: © ActionAid/India, CC BY-NC-ND 2.0



Ramesh Sharma: Die gesamte Reise von Ekta Parishad in den letzten 40 Jahren ist eine Geschichte der Hoffnung. Weltweit werden die nächsten zehn Jahre von entscheidender Bedeutung für Klimaungerechtigkeit, Ungleichheit und Armut sein. Nun liegt es in unseren Händen, ob wir die Umwelt, die Menschen und die Menschlichkeit retten wollen oder nicht!

Ob wir alle unsere Ressourcen erschöpfen wollen oder ob wir etwas Energie für die Zukunft sparen. Haben wir überhaupt an die Rechte der jungen Menschen gedacht, die 2025 oder 2030 geboren werden? Wenn wir uns der Gerechtigkeit zwischen den Generationen nicht bewusst sind, werden wir als eine der egoistischsten Generationen in die Geschichte eingehen, die es je gab.

Es liegt also in den nächsten zehn Jahren in unserer Verantwortung, über diese Dinge zu sprechen, die den zukünftigen Generationen Hoffnung geben.

Während der mehr als 10.000 Kilometer langen Wanderung durch verschiedene Länder werden wir unser Bestes geben, um unter Millionen von Menschen Hoffnung für eine bessere Zukunft zu schaffen.

Wir sprechen auch mit verschiedenen Institutionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, die eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Träume der Menschen spielen könnten.

Die Bedrohungen durch den Klimawandel lösen bei vielen jungen Menschen Zukunftsängste aus. Das ist

berechtigt, und dennoch scheint mir Angst auf lange Sicht kein guter Motivator für Veränderungen.

Ramesh Sharma: Auf keinen Fall.

Was können Sie Ihnen mitgeben?

Ramesh Sharma: Optimismus ist in der heutigen Welt ein Muss und keine Wahl. Wir sind nicht in der Lage, zu entscheiden, ob wir optimistisch oder pessimistisch sein wollen.

Ich nenne diesen Marsch von Jai Jagat einen Weg der Hoffnung, der Forderungen von unten nach oben trägt, von den Menschen in die Institutionen. Solange ich jedoch selbst nicht dazu bereit bin, mich zu ändern, ist es schwierig, andere davon zu überzeugen. Wir müssen alle neu erlernen, uns friedlich und verständnisvoll zu verhalten und auch so zu leben. Wir haben eine lange Vergangenheit hinter uns: Vor 50 Jahren waren wir so einfach, und jetzt sind wir so kompliziert.

Warum?

Ramesh Sharma: Ich denke, es liegt an uns, wieder in Richtung Einfachheit zu gehen. Dann werden wir glücklicher, optimistischer und bedeutungsvoller in unserem Leben sein und auch nachfolgenden Generationen das Recht auf eine Zukunft hinterlassen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Christoph Bongard

PARALLEL WELTEN

Im Vordergrund: Wellblechhütten und Holzverschläge ohne Strom und Wasser dienen den Menschen in der Beduinengemeinde Abu Nuwar im Westjordanland als Unterkünfte. Baugenehmigungen für feste Behausungen bekommen sie hier meistens nicht. Im Gegenteil: Die israelische Regierung lässt regelmäßig Gebäude abreißen. Auch wenn Jerusalem nur 15 Kilometer entfernt liegt: Mit ihren Ausweispapieren endet eine Fahrt dorthin oft bereits an den Checkpoints.

Im Hintergrund: Ein völlig anderes Bild bietet sich dagegen in Ma'ale Adumim, eine der größten israelischen Siedlungen, die im Hintergrund des Fotos zu sehen ist. Die rund 40.000 Menschen sind gut an das nahe gelegene Jerusalem angebunden und verfügen über fließend Strom und Wasser. Zwei Orte, die verschiedener kaum sein könnten. Zwei Parallelwelten.



„Eine wundervolle Erfahrung fürs Leben“

Akademie-Absolventin Neshtiman Ramathan aus dem Nordirak

Neshtiman Ramathan arbeitet seit Juli 2019 im neuen Programm des forumZFD im Nordirak. Die junge Frau aus der nordirakischen Stadt Duhok absolvierte im Herbst letzten Jahres den Kurs der Akademie für Konflikttransformation als Stipendiatin der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen. Zurück in ihrer Heimat stehen sie und das Team des forumZFD vor großen Herausforderungen.

Die Arbeit des forumZFD im Nordirak nimmt langsam Formen an. Während noch behördliche Formalitäten wie Arbeits- und

Aufenthaltslaubnisse für unsere Friedensfachkräfte, Genehmigungen für die Eröffnung eines Büros oder Mietverträge geklärt wurden, besuchte Neshtiman Ramathan im vergangenen Herbst den Vollzeitkurs „Friedens- und Konfliktarbeit“ der Akademie für Konflikttransformation in Königswinter. „Für mich war die gesamte Zeit der Weiterbildung das Highlight des Jahres und eine wundervolle Erfahrung fürs Leben“, erzählt die junge Frau, die in den kurdischen Gebieten im Nordirak lebt. „Es hat mir so viel gebracht – sowohl auf persönlicher als auch auf professioneller Ebene.“

Die internationalen Teilnehmenden, die alle unterschiedliche Geschichten, kulturelle Erfahrungen und Konflikthintergründe mitbringen, fand ich besonders bereichernd. Außerdem hat mir der Aufbau des Kurses sehr gut gefallen. Jede Woche haben wir ein anderes Thema behandelt. Zuerst ging es darum, die eigene Rolle als Friedensfachkraft zu überdenken und zu reflektieren. In der zweiten Phase haben wir uns mit den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen der Friedens- und Konfliktarbeit befasst. Vor allem die verschiedenen Ansätze und Werkzeuge, die wir erlernt haben, sind gerade für die Arbeit in einem solch komplexen Kontext wie im Irak unverzichtbar.“

Neshtiman Ramathan kennt sich in ihrem künftigen Arbeitsumfeld bestens aus. Sie stammt aus der Provinzhauptstadt Duhok in den kurdischen Autonomiegebieten und begann 2016, dort als Freiwillige mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Binnenflüchtlingen zu arbeiten.

Vor allem viele Binnenflüchtlinge halten sich in den großen Flüchtlingscamps im Norden des Irak auf.



Gerade die Region um die ehemalige IS-Hochburg Mossul ist stark zerstört und Kriegstraumata sitzen tief.

In der Region Ninewa arbeitete sie ab 2017 für die Deutsche Welthungerhilfe und half, die Situation von Geflüchteten zu verbessern. Sie nennt vor allem ethnische Identitätsfragen als einen wichtigen Konfliktfaktor vor Ort – und zwar sowohl politische als auch religiöse Zugehörigkeiten. Ein Blick auf die irakische Gesellschaft macht das nachvollziehbar: Die Region vereint so verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Sunniten, Kurden, Christen, Schabaken, Kakai, Turkmenen, Schiiten und Jesiden.

„Die Menschen haben unterschiedliche Perspektiven und Orientierungen und teilen sich deshalb in Gemeinschaften auf, die zurzeit nicht immer friedlich und ohne Spannungen miteinander leben können“, sagt Neshtiman. „Besonders in der Region Ninewa im Nordirak, wo wir hauptsächlich arbeiten werden, gibt es eine sehr vielfältige Gesellschaft. Das Vertrauen in die politischen Parteien ist sehr gering, und die Gesellschaft erholt sich noch immer von den Schrecken der IS-Herrschaft. Es gibt nach wie vor eine große Zahl von Binnenflüchtlingen, unzureichende oder zerstörte Infrastruktur und ständige Spannungen zwischen politischen und religiösen Gruppen. Es wird lange Zeit dauern, um diese Konflikte und Probleme nachhaltig zu lösen.“

Die junge forumZFD-Mitarbeiterin möchte sich am liebsten auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit spezialisieren. Denn vor allem Frauen

In Erbil im Nordirak richtet das forumZFD aktuell ein neues Programmbüro ein.



sind im Irak immer wieder Opfer von Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen, sagt sie. So sieht Neshtiman Ramathan den Friedensprozess im Irak auch als Chance für die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen: „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen in der Friedens- und Versöhnungsarbeit zu mehr Gleichberechtigung beiträgt und zugleich die Entwicklung der irakischen Gesellschaft fördert.“ Sie sagt das in einem Grundton der Überzeugung, dass sofort zu spüren ist, mit welchem Engagement sie ihre Aufgaben im Nordirak angehen wird. Eine leichte Aufgabe jedenfalls hat sie sich nicht vorgenommen. ■

Die Akademie für Konflikttransformation im forumZFD ist ein Lernort für professionelle Friedens- und Konfliktarbeit. Unsere Bildungsarbeit basiert auf der Überzeugung, dass gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung lehr- und erlernbar ist. Mehr als 600 Absolventinnen und Absolventen sind heute in zahlreichen Ländern weltweit als Friedensfachkräfte tätig.

Mehr Information zur Akademie für Konflikttransformation und ihren Angeboten finden Sie unter www.forumZFD-akademie.de.



Friedensprojekt Europa

23.191 Unterschriften an Europäisches Parlament übergeben



Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt), Dion van den Berg (PAX) und Oliver Knabe (forumZFD) diskutierten den Aufruf „Rettet das Friedensprojekt“ im Rahmen eines Fachgesprächs mit Hannah Neumann, MdEP, und Ota Jaksch (Büro Özlem Demirel, MdEP).



Hannah Sanders, Oliver Knabe (forumZFD), Dion van den Berg (PAX), Simon Bodecker, Charlotte Kehne (Ohne Rüstung Leben) übergaben am 19. November 23.191 Unterschriften für den Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa“ an die Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments Katarina Barley (2. v. l.).

Mit zwei großen (und schweren!) Koffern, gefüllt mit 13 Kartons voller Unterschriften, machte sich am 19. November ein forumZFD-Team von Köln auf den Weg nach Brüssel. Dort konnten wir stolz im Namen von 23.191 Bürgerinnen und Bürgern Europas den Aufruf ‚Rettet das Friedensprojekt Europa‘ an die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Katarina Barley übergeben.

Oliver Knabe, forum-ZFD-Vorstand, erläuterte Frau Barley die Erwartungen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner an das neue Europäische Parlament: „Nutzen Sie als Abgeordnete das starke Mandat der Wählerinnen und Wähler. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, wollen keine Militärmacht Europa, sondern eine Europäische Union, die glaubhaft für Frieden und Menschenrechte eintritt. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die EU nicht weiter aufrüstet und keine Waffen an Staaten liefert, die Kriege

führen oder Menschenrechte verletzen.“ Frau Barley zeigte sich sichtlich beeindruckt von dem breiten Bündnis von 110 Organisationen aus 12 EU-Staaten, die den Aufruf unterstützen.

Rund 40 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner waren am selben Tag unserer Einladung ins Europäische Parlament gefolgt. Im Rahmen eines Fachgesprächs diskutierten sie die Forderungen des Aufrufs ‚Rettet das Friedensprojekt Europa‘ mit der Europaabgeordneten Hannah Neumann (Die Grünen) und Ota Jaksch vom Büro der Abgeordneten Özlem Alev Demirel (Die Linke), die leider kurzfristig erkrankt war.

Mit der Übergabe der Unterschriften in Brüssel kam eine erfolgreiche Kampagne zum Abschluss. Niemand im forumZFD hatte mit einer derart großen Resonanz gerechnet, als der Aufruf zum Jahresbeginn veröffentlicht wurde.

Friedensprojekt Europa – das forumZFD bleibt dran

Im letzten Magazin haben wir über die Kritik an der sogenannten „Europäischen Friedensfazilität“, einem neuen Finanzierungsinstrument für Ausbildung, Ausrüstung und Einsatz von Militär informiert und zu Protestschreiben an Außenminister Heiko Maas aufgerufen. Viele Hundert Postkarten und E-Mails sind daraufhin bei ihm eingegangen. Wir haben unsere Bedenken außerdem Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag vorgetragen. Unsere Kritik wurde gehört, aber noch ist nichts entschieden, und die Verhandlungen über die neue Fazilität gehen jetzt in die entscheidende Phase.

www.forumZFD.de/mail-an-maas



Foto oben: © Simon Bodecker // Foto unten: © forumZFD / Karikatur: © Kostas Kaufgorgas



forumZFD Serbien gewinnt Friedenspreis

Der Fotoband „Killing Culture“, den das forumZFD Serbien veröffentlicht hat, wurde mit dem „Krunoslav Sukić“-Friedenspreis ausgezeichnet. Das Werk der Autoren Viktor Ivančić und Nemanja Stjepanović sowie des früh verstorbenen Fotojournalisten Hrvoje Polan dokumentiert Kulturstätten in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und dem Kosovo, die während der Kriege in den 90er-Jahren zu Schauplätzen der Folter und des Tötens wurden. Das Buch unterstreicht einmal mehr, wie wichtig die Aufarbeitung der Vergangenheit ist. Die Auszeichnung, die vom „Center for Peace, Nonviolence and Human Rights Osijek“ bereits zum elften Mal verliehen wurde, ist ein Ansporn für das Team des forumZFD in Serbien.

Diskussionsabend zu Nachhaltigkeit in der Nachbarschaft

Stadtviertel und Nachbarschaftsinitiativen können die entscheidenden Triebfedern für gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit sein: So lautet eine zentrale These von Davide Brocchi in seinem neuen Buch „Große Transformation im Quartier: Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird“. Auf Einladung des forumZFD und des Allerweltshauses stellte der Kölner Soziologe seine Forschungsergebnisse vor und diskutierte diese mit Bart Denys, Programmleiter der Kommunalen Konfliktberatung beim forumZFD.

„Balkan.Perspectives“ zu Medien und Erinnerungskultur

Das forumZFD gibt regelmäßig ein Fachmagazin heraus, das sich mit Vergangenheitsbewältigung im westlichen Balkan befasst. Die 13. Ausgabe der „Balkan.Perspectives“ nimmt die Rolle der Medien in den Blick. Wie kann Journalismus zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen beitragen und kritische Debatten in Gang bringen? Das sind nur einige der Fragen, die die Fachzeitschrift für Erinnerungskultur im westlichen Balkan aufgreift. Die Publikation ist auf Englisch, Albanisch, Serbisch und Kroatisch verfügbar:

www.dwp-balkan.org

Unterschriftenaktion für starke Zivilgesellschaft verlängert

Bereits im Herbst hat das forumZFD dazu aufgerufen, die Petition „Die Zivilgesellschaft nützt der Gemeinschaft“ zu unterzeichnen. Denn Fälle wie der des globalisierungskritischen Netzwerks Attac oder der Petitionsplattform Campact zeigen, dass Organisationen die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit riskieren, wenn sie sich politisch äußern. Oliver Knabe, Vorstandsvorsitzender des forumZFD, kritisiert: „Die Rüstungsindustrie kann ihre Lobbyarbeit für ungehinderte Exporte an Saudi-Arabien weiterhin als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen. Der Einsatz für Frieden und Menschenrechte dagegen fehlt auf der Liste der gemeinnützigen Zwecke.“ Noch hat das Bundesfinanzministerium den geplanten Gesetzesentwurf zur Reform der Gemeinnützigkeit nicht vorgelegt. Die Laufzeit der Petition wurde daher verlängert, um den Druck aufrechtzuerhalten. Unterstützen Sie die Petition:

www.forumZFD.de/frieden-ist-gemeinnuetzig

Jugendliche im Westbalkan setzen Zeichen gegen Hass

Die Nachkriegsgesellschaften in Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo und Nordmazedonien sind bis heute tief gespalten. Es gibt aber auch junge Menschen, die sich für Frieden und gegen Gewalt engagieren. Mit Unterstützung des forumZFD organisierten die Jugendlichen in ihren Heimatorten kreative Friedensaktionen. Sie übermalten beispielsweise Hass-Graffiti mit Friedensbotschaften und organisierten einen kulturellen Besuch beider Seiten der geteilten Stadt Mitrovica im Kosovo. Projekthöhepunkt war das Regionaltreffen Ende letzten Jahres im serbischen Novi Pazar, bei dem 22 junge Aktivistinnen und Aktivisten aus drei Ländern ihre Erfahrungen austauschen und sich untereinander vernetzen konnten.



© ITU, Rowan Farrell, CC BY 2.0

Friedensfachleute gehen in Schulen

In Niedersachsen bildeten sich Expertinnen und Experten der zivilen Konfliktbearbeitung weiter, um als Referierende für Friedensbildung zu sicherheitspolitischen Fragen in den Schulunterricht zu gehen. Ein Großteil der Referierenden hat in EU-, UN- und OSZE-Missionen oder in Projekten des Zivilen Friedensdienstes gearbeitet. Das niedersächsische Kultusministerium hat zugesagt, bis Ende Oktober 2020 die Honorar- und Fahrtkosten für die Arbeit der Referierenden in niedersächsischen Schulen zu übernehmen. Infos auf:

www.Friedensbildung-Niedersachsen.de

Ein Land steht auf

Bei den Protesten im Libanon überwinden die Menschen die alten Feindschaften des Bürgerkriegs

von Julia Neumann



Seit Monaten demonstrieren die Libanesinnen und Libanesen gegen Korruption und Misswirtschaft der politischen Führung. Die zunächst friedlichen Proteste schufen ein neues Gemeinschaftsgefühl zwischen zuvor verfeindeten Bevölkerungsgruppen. Doch angesichts mangelnder Fortschritte schlägt die Wut der Menschen zunehmend in Gewalt um, und die Proteste bringen lange unterdrückte Emotionen an die Oberfläche. Nie war Friedensarbeit wichtiger.

Tripoli an einem nasskalten Tag im Januar. In der zweitgrößten Stadt des Libanons stehen weiße Zelte aneinandergereiht auf dem zentralen Sahet el-nour, dem Platz des Lichtes. Unter weißen Planen, die um Holzrahmen gespannt sind, sitzt der 30-jährige Aktivist Youssef Youssef mit sechs jungen Menschen um einen provisorischen Tisch aus zwei Autoreifen mit Kerzen und wärmt sich die Hände an einem kleinen Kohlegrill. Die Gruppe diskutiert über Erfahrungen, die sie bei den Protesten in Beirut gemacht haben. Manche von ihnen fahren regelmäßig die knapp 80 Kilometer in die Hauptstadt, um rund um das Regierungsgebäude und Parlament zu protestieren.

Seit dem 17. Oktober zeigen sich die Libanesinnen und Libanesen vereint wie nie zuvor in ihrem Protest gegen die Korruption und Misswirtschaft der Regierung. An diesem Tag gingen Tausende Menschen spontan auf die Straße, um für ein Ende der Vetternwirtschaft und gegen die Politik für Reiche zu protestieren. Der Plan des Informationsministers, eine Steuer von sechs US-Dollar pro Monat auf Kurznachrichtendienste

alle Fotos zur Reportage: © Julia Neumann

In allen Teilen des Landes gehen junge und alte Menschen vereint über sozioökonomische und konfessionelle Grenzen hinweg auf die Straße.

wie WhatsApp zu erheben, hatte das Fass zum Überlaufen gebracht. Es war die jüngste Ankündigung politischer Entscheidungen zulasten der Bevölkerung, um einen Staatsbankrott abzuwehren. Menschen aller sozialen Schichten, Geschlechter und Religionen gingen wochenlang auf die Straßen, um den Sturz der politischen Elite zu fordern, die das Land seit 30 Jahren beherrscht. Sie schwenkten die rot-weiße Nationalflagge mit dem grünen Zedernbaum, sangen gemeinsam die Nationalhymne und riefen: „Vom Norden bis in den Süden, die Revolution wird nicht sterben.“

Die Einheit der Menschen, das Zugehörigkeitsgefühl und die Vereinigung unter der libanesischen Flagge sind nicht selbstverständlich. Im Libanon leben 18 anerkannte Religionsgemeinschaften. Von 1975 bis 1990 bekämpften sich verschiedene Milizen entlang ihrer konfessionellen Linien. Als die Waffen endlich schwiegen, blieb die Spaltung der Gesellschaft in die verschiedenen Religionsgemeinschaften ebenso bestehen wie die gegenseitigen Vorurteile. Die ehemaligen Milizenführer sicherten sich nach dem Ende des Krieges die Macht durch Klientelismus. Diese Macht nutzen sie, um dem Land durch Korruption Geld zu entziehen, das sie dann in kleineren Portionen an ihre jeweilige Religionsgemeinschaft zurückverteilen. Nun stellen sich die Protestierenden gegen dieses konfessionelle System.

Das wahre Ende des Bürgerkriegs?

„Zu Beginn der Aufstände lautete der Slogan, dass der Bürgerkrieg am 17. Oktober 2019 beendet wurde“, sagt Soha Fleyfil, Projektkoordinatorin im Programm „Die Vergangenheit aufarbeiten“ des forumZFD. Die Geschehnisse des Bürgerkrieges im Libanon sind nie bewältigt worden, unter anderem weil die Kriegsverbrechen durch ein Amnestiegesetz nicht verfolgt wurden,

erklärt Fleyfil. „Im Libanon glauben die Menschen noch immer, dass es ‚mich‘ und ‚die Anderen‘ gibt. Und es gibt immer noch Regionen, in die Libanesinnen und Libanesen nicht gehen, weil ‚die Anderen‘ dort leben und sie Angst vor ihnen haben.“ Die forumZFD-Projektkoordinatorin organisiert Trainings, in denen die Teilnehmenden über verschiedene Narrative des Bürgerkriegs sprechen. „Es geht nicht darum, die Täterinnen und Täter und die Opfer zu benennen, sondern wir reden über kollektive Traumata.“

Die blinden Flecke im kollektiven Gedächtnis des Landes stehen einer besseren Zukunft im Weg, so Fleyfil. „Ich selbst wurde im Bürgerkrieg geboren. Wir sprechen nicht über unsere Erfahrungen. Wir sind eine vergessene Generation, die einfach zufrieden ist, dass der Krieg beendet wurde. Und wir haben uns nicht mit unseren Traumata auseinandergesetzt.“ Fleyfil sagt, sie selbst traue sich nicht auf die Straße für die Proteste, weil die Menschenmassen und die Schreie bei den Kundgebungen schlechte Erinnerungen weckten.

Emotionale Unterstützung auf den Plätzen

Das Chaos auf der Straße kann beängstigend und frustrierend sein. Deshalb sitzt Youssef Youssef täglich von zwei Uhr mittags bis in die Abendstunden im Zelt auf dem Sahet el-nour in Tripoli. An der Eingangsseite hängen Pappschilder. „Wie geht es dir?“ und „wir bieten Empathie“ steht darauf. Auf einem Schild ist eine Batterie gemalt, die sich auflädt. „Wir sind hier, um psychosoziale Unterstützung zu geben“, sagt Youssef Youssef. Er arbeitet für die Nichtregierungsorganisation „House of Peace“, einem Partner des forumZFD.

„Diese Situation weckt Gefühle, die vorher schliefen“, erklärt Youssef. „Unsere Gesellschaft hat uns beigebracht, dass du Gefühle nicht

ausdrücken solltest, weil das Schwäche zeigt. Wir hören den Leuten zu und schaffen einen sicheren Ort, an dem sie sich wohlfühlen, über Ärger oder Ängste zu sprechen.“ Manchmal hört er bedrückende Geschichten. „Drei ehemalige Kämpfer aus Babl el-Tabbaneh, einem Stadtviertel von Tripoli, sind zu mir gekommen. Sie haben mir erzählt, wie ihr Bruder getötet wurde, die Schwester vergewaltigt. Und ich habe mich gefragt: Warum erzählen sie mir diese Geschichte gerade jetzt? Ich glaube, es gibt eine Verbindung: Die Situation erinnert sie an den Krieg, Gruppen bekämpfen sich, und jeder kann machen, was er will.“

„Viele Menschen fühlen sich hilflos“

Youssef hört geduldig zu, auch wenn es persönlich wird. „Einmal hat ein Mann meine Religion angegriffen, weil er diese religiöse Gruppe in der Vergangenheit bekämpft hat.“ Mit dem forumZFD hat Youssef vier Trainings in gewaltfreier Kommunikation im Rahmen des Programms „Fähigkeiten entfalten“ absolviert. Er fühlt sich emotional stark und gewappnet für solche Gespräche: „Ich fühle mich gut, ich kann damit umgehen. Ich fokussiere mich auf die Gefühle und Bedürfnisse meines Gegenübers.“ Manchen gibt er den Kontakt einer Psychologin, die kostenlose Sitzungen anbietet.

Mit der psychischen Gesundheitsfürsorge unterstützt Youssef die Men-

schen während der Proteste. „Ich glaube, dieser Raum für Gespräche wird dringend gebraucht. In dieser verrückten, unsicheren Zeit und der schlechten ökonomischen Lage haben sich viele Menschen bereits das Leben genommen, weil sie sich hilflos fühlten“, sagt er. Viele aus seinem Freundeskreis organisieren Kleidung, Nahrungsmittel und Medizin, die sie im nahe gelegenen Zelt verteilen. Eine der Organisatorinnen erzählt von Gerangel in den Schlangen bei kostenlosen Essensausgaben. Laut einer Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 leben mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner von Tripoli unter der Armutsgrenze.

Der Libanon steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit Ende des Bürgerkriegs vor dreißig Jahren. Das libanesische Pfund hat stark an Wert verloren. Die üblichen Stromausfälle dauern länger als sonst, es drohen Internetausfälle. Die Frustration der Bürgerinnen und Bürger über die Sparmaßnahmen der Regierung hatte sich seit Oktober 2019 anfangs in friedlichen Kundgebungen entladen.

Eine neue Phase der Eskalation

Doch im Verlauf der Proteste hat die Wut der Bevölkerung zugenommen, weil sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert und sich die politische Führung mit der Bildung einer neuen Regierung Zeit ließ. Ende Oktober war der damalige Ministerpräsident Saad Hariri als Antwort auf

die Massenproteste zurückgetreten. Sein Nachfolger Hassan Diab hat zwar eine neue, technokratische Regierung gebildet, den Protestierenden ist sie aber nicht unabhängig genug. Sie gehen weiter auf die Straße und fordern Neuwahlen.

Straßenkämpfe statt Sitzblockaden

„Wir sind nun in einer anderen Phase der Proteste“, sagt forumZFD-Landesdirektor Hillenkamp. „Die Forderungen wurden formuliert, aber ihnen wird nicht begegnet. Das ist unverantwortlich.“ Die Atmosphäre auf den Straßen hat sich gewandelt. In der Innenstadt Beiruts, in der zu Beginn der Proteste Tausende die libanesische Flagge schwingen und friedliche Sitzblockaden organisierten, schlagen verärgerte Protestierende mit Metallstangen Fensterscheiben von Bankfilialen ein, werfen mit Steinen und Knallkörpern. Die Polizei reagiert hart mit Gummigeschossen, Wasserwerfern und Tränengas.

Wenn die 27-jährige Mariam Al Kotob diese ausbrechende Wut sieht, ist sie zunächst zwiespalten. „Du siehst die Menschen, wie sie die Banken demolieren, und du denkst: Das ist es, was ich will! Aber dann denkst du: Nein, es ist nicht das, was ich gelernt habe.“ Die gelernte Grafikdesignerin ist Aktivistin bei der Organisation „We Love Tripoli“. Im Rahmen des Projekts „Gemeinsame Zukunft Jetzt!“ hat sie sich beim forumZFD Libanon in gewaltfreier Konflikttransformation weitergebildet. In den ersten Tagen der Proteste spendeten Organisationen Zelte für

Aktivistinnen und Aktivisten. Mit Bekannten organisierte Al Kotob Whiteboards, Plakate und Stifte. Sie ermutigte die Leute, ins Zelt zu kommen und dort ihre Gedanken aufzuschreiben. „Die Menschen waren draußen, aber haben keine sichtbaren Forderungen formuliert. Wir dachten: Die Menschen sollten ihre Begehren aufschreiben und sich daran erinnern, warum sie auf der Straße sind.“

Eines Tages kam eine Reporterin des libanesischen Fernsehsenders MTV vorbei. „Sie hat mich gefragt, warum ich hier bin und was wir machen, als plötzlich ein Mann ins Zelt kam. Er war sehr wütend, suchte nach der Kamera und rief dazu auf, zum Sitz der Partei des Präsidenten zu gehen und alles niederzubrennen. Wir waren live im Fernsehen, und die Reporterin brachte ihn dazu, sich neben mich zu setzen.“ Al Kotob sollte versuchen, ihn mit gewaltfreier Kommunikation zu überzeugen, dass Brandstiftung keine Lösung ist. „Da ist also dieser verärgerte Mann vor mir, der die Büros niederbrennen will, und ich weiß, wenn ich ihm sage, er solle das nicht machen, wird er nicht auf mich hören.“ Sie entschied sich dafür, Empathie zu zeigen. „Es geht nicht darum, ihm zu sagen, was er machen soll. Das brauche ich ihm nicht sagen. Was ihn beruhigt hat, war die Art, wie ich kommuniziert habe: Ich verstehe, was du sagst und wie du dich fühlst. Lass uns gemeinsam nachdenken, ob uns das zum Ziel führt.“

Vor den Aufständen organisierte Al Kotob zum Beispiel Filmabende und Ausflüge für die Menschen in der Nachbarschaft, damit sie ein neues Wir-Gefühl in der Stadt entwickeln. Die Proteste haben das neue Gemeinschaftsgefühl bestärkt, besonders in Tripoli. Die Küstenstadt liegt im Norden des Landes nahe der syrischen Grenze. 2014 führte der Krieg im Nachbarland auch in Tripoli zu neuen Spannungen. Die überwiegend alawitische Bevölkerung im Stadtteil Dschabal Mohsen unterstützte den

syrischen Präsidenten Assad, während die Menschen des mehrheitlich sunnitischen Viertels Babl el-Tabbaneh den syrischen Oppositionellen zugewandt waren. Dieser Konflikt entfachte gewalttätige Kämpfe.

Das „Herz“ der Revolution

„Tripoli wurde lange als Stadt des Terrors gesehen“, sagt die Aktivistin Al Kotob. Die Proteste haben der Stadt ein neues Image gegeben. Der Sahet el-nour war lange Zeit das Zentrum der größten und am längsten anhaltenden Proteste im Land. Noch bevor man in Beirut überhaupt auf die Idee kam, legte in Tripoli bereits ein DJ für die Massen auf. Schnell gewann die Stadt den Ruf als „Braut“ und „Herz“ der Revolution. „Die Menschen haben ihren Ärger herausgetanzt.“

Die Zelte, in denen auch Mariam Al Kotob und Youssef Youssef aktiv sind, wurden zu Treffpunkten, neue Freundschaften entstanden. „Wir haben gemeinsam musiziert und gesungen, geredet und diskutiert. Vorher gab es nie einen Raum, in dem wir uns hätten begegnen können“, sagt Al Kotob begeistert. Noch ist unklar, welche politischen Folgen die Proteste im Libanon haben werden. Aber auch wenn die Gewalt auf den Straßen zunimmt und die Situation zu eskalieren droht, bleiben nachhaltige Erinnerungen, die Chancen für positiven Wandel geschaffen haben. Landesdirektor Bernhard Hillenkamp sagt, das politische Bewusstsein der Menschen sei nun stärker ausgeprägt. „Die Menschen haben erfahren, dass sie gemeinsam mit ‚den Anderen‘, sprich mit Menschen anderer Religionszugehörigkeit, politisch an einem Strang ziehen können. Auf diese Erfahrung kann man in der Friedensarbeit aufbauen, besonders, um über konfessionelle Linien hinweg zu arbeiten.“

Die Autorin Julia Neumann ist freie Journalistin in Beirut.



Was bewegt die Menschen im Libanon? Die Aktivistin Mariam Al Kotob lädt die Protestierenden ein, ihre Gedanken aufzuschreiben.

Das forumZFD im Libanon

Seit 2009 ist das forumZFD im Libanon aktiv. Die Arbeit gliedert sich in drei Programmbereiche:

Vergangenheit bewältigen: Wir unterstützen die aktive Aufarbeitung des Bürgerkriegs, zum Beispiel indem wir Jugendliche mit Zeitzeugen ins Gespräch bringen. Unser eigens entwickeltes Handbuch hilft Lehrkräften, vielfältige Blickwinkel auf Vergangenheit und Gegenwart in den Unterricht einzubeziehen.

Fähigkeiten entfalten: Lokale Organisationen im Libanon sind oft hoch motiviert, doch es fehlt an Fachwissen über Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Unser umfassendes Schulungsangebot stärkt nachhaltig die Kapazitäten der Zivilgesellschaft.

Gemeinschaft mobilisieren: Unsere Projekte fördern gezielt den sozialen Zusammenhalt. Wir unterstützen unsere lokalen Partner unter anderem bei der Konzeption und Durchführung von Nachbarschaftsaktionen, um Spannungen abzubauen und Vorurteile zu überwinden.

www.forumZFD.de/libanon



Der Aktivist Youssef Youssef (Bildmitte) hört den Protestierenden aufmerksam zu, wenn sie über ihre Erfahrungen berichten. Dieser Raum für Gespräche wird dringend gebraucht, findet der 30-Jährige.

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 9. März das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.



Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf:
www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee

Die Rätselfragen:

- Nachname des politischen und religiösen Oberhaupts des Irans
- Welches Land hat kürzlich beschlossen, den Zivilen Friedensdienst einzuführen?
- Unwort des Jahres 2019
- Wie viele Golfplätze besitzt Donald Trump?
- Name der von Ramesh Sharma gegründeten indischen Landlosenbewegung Ekta ...
- In welcher Stadt findet der größte Friedenslauf des forumZFD statt?
- Welcher Baum ziert die Flagge des Libanons?
- Hauptstadt von Nordmazedonien
- Wie viele Entwicklungsziele sind in der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen enthalten?
- Spruch auf der aktuellen forumZFD-Grußkarte? „Jetzt ist die Zeit für Frieden. Und Frieden ist immer ...“
- Aus welchem Land stammt die in dieser Ausgabe porträtierte Neshtiman Ramathan?
- Nachname des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Bernie ...
- Was wurde verschiedenen Organisationen, wie z. B. Attac, aberkannt?
- Welchen Vorschlag kritisiert das forumZFD in einem offenen Brief an Heiko Maas? Die Europäische ...
- Namensabkürzung des neuen Bundesvorsitzenden der SPD
- Was müssen Palästinenser passieren, um nach Israel zu gelangen?
- Inselstaat östlich von China, in dem kürzlich gewählt wurde
- Nachname eines Schauspielers, der so ähnlich klingt wie ein bestimmter Fahrzeugtyp
- Bewohner einer deutschen Domstadt
- Name des israelischen Parlaments



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 11. März unter: www.forumZFD.de/raetsel



Zutaten:

- 6–8 kleine Äpfel (Sorte egal, aber nicht zu süß)
- 3 Eier
- 1 Tasse Zucker
- 1 Tasse Mehl
- 2 Esslöffel saure Sahne
- Zimt (gemahlen)
- Butter

Zubereitung:

Den Ofen auf 180 Grad vorheizen.

1. Äpfel waschen und in kleine Stücke schneiden (3–4 cm)
2. Die Eier mit einem Mixer quirlen und dabei den Zucker und die saure Sahne hinzufügen
3. Beim kontinuierlichen Quirlen das Mehl begeben
4. Die Äpfel im Teig untermischen
5. Butter zum Anfetten in der Backform verstreichen und den Teig hineingießen
6. Zimt über dem Teig verstreuen
7. Die Backform für ca. 60 min in den vorgeheizten Ofen stellen

Tipp:

Um zu testen, ob der Kuchen bereits durchgebacken ist, einen Schaschlikspieß in den Teig stecken. Wenn beim Rausziehen noch roher Teig am Holz zu sehen ist, ist der Kuchen noch nicht fertig.

Scharlotka

Шарлотка – Fluffiger Apfelkuchen

Das sagt forumZFD-Kollegin Svetlana Prischtschenko aus Odessa in der Ukraine über Scharlotka:

„Scharlotka ist ein Apfelkuchen (kann aber auch mit anderen Früchten variiert werden), der sehr schnell und einfach zubereitet ist. Er liegt mir sehr am Herzen. Immer wenn ich gebackene Äpfel mit Zimt schmecke und den Geruch in der Nase habe, fühle ich mich in meine Kindheit zurückversetzt, als meine Mutter diesen Kuchen für unsere große Familie gebacken hat. Er schmeckte immer so lecker, vor allem mit einer Tasse richtigem Kakao. Das Lustige ist, dass das Zubereiten eine Stunde dauert, das Verzehren aber immer sehr schnell ging!“

Scharlotka ist etwas mehr als nur ein Kuchen, er ist eine Art Zeitmaschine in unserer Familie und ein Synonym für Sicherheit, Geborgenheit und Liebe.“



Stiftung fördert Friedensarbeit

Vermögensanlage im Friedenshaus in Köln erhöht

Nachdem im Jahr 2019 Zustiftungen und zusätzliche zinsfrei gewährte Darlehen das Stiftungskapital auf über eine halbe Million Euro haben anwachsen lassen, wurde vom Geschäftsführer der Forum Ziviler Friedensdienst GmbH (Friedenshaus Am Kölner Brett) und dem Vorstand der Stiftung ein neuer Darlehensvertrag unterzeichnet (siehe Foto).

Die Vereinbarung über eine Gesamtsumme von 549.000 Euro erfolgte am 10. Dezember 2019 am Rande einer Vorstandssitzung der Stiftung in Köln. Besonders hilfreich: Mit diesem Vertrag konnten bestehende zinspflichtige Darlehen anderer Stiftungen und von Privatpersonen abgelöst werden. Dadurch erhöht sich die finanzielle Förderung der Friedensarbeit des forumZFD e. V. durch die Stiftung deutlich.

So konnte die Stiftung für das Jahr 2019 die bislang höchste Jahresförderung seit Gründung der Stiftung in Höhe von 15.000 Euro für die Friedensarbeit zur Verfügung stellen. „Wir freuen uns sehr über



Unterzeichnung eines neuen Darlehensvertrages zwischen Stiftung und Forum Ziviler Friedensdienst GmbH (Friedenshaus Am Kölner Brett. V. l. n. r.: Margrit Röhm, stellv. Vorsitzende der Stiftung, Heinz Wagner, Vorsitzender der Stiftung, und Oliver Knabe, Geschäftsführer der Forum Ziviler Friedensdienst GmbH).

das Vertrauen, das uns von zahlreichen Personen mit der Gewährung von Zustiftungen und zinsfreien Darlehen entgegengebracht wird“, sagte Heinz Wagner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst. „Und wir sind auch ein wenig stolz darauf, dass wir die Förderung der Friedensarbeit in den vergangenen fünf Jahren seit Gründung der Stiftung so deutlich ausbauen konnten.“

Erfreulich auch, dass bereits in den ersten Monaten des Jahres 2020 weitere Darlehensgebende eine Summe von 60.000 Euro zur Verfügung gestellt haben. Die stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Margrit Röhm, stimmt das optimistisch: „Ein toller Start ins Jahr 2020, der uns Grund zur Hoffnung gibt, auch in Zukunft weitere Menschen zu gewinnen, ihr Vermögen oder zumindest Teile davon für den Frieden arbeiten zu lassen.“



forumZFD

Stiftung
Forum Ziviler Friedensdienst

Sie möchten Ihre Rücklagen oder Teile Ihres Vermögens für den Frieden arbeiten lassen? Wir beraten Sie gerne.

Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst

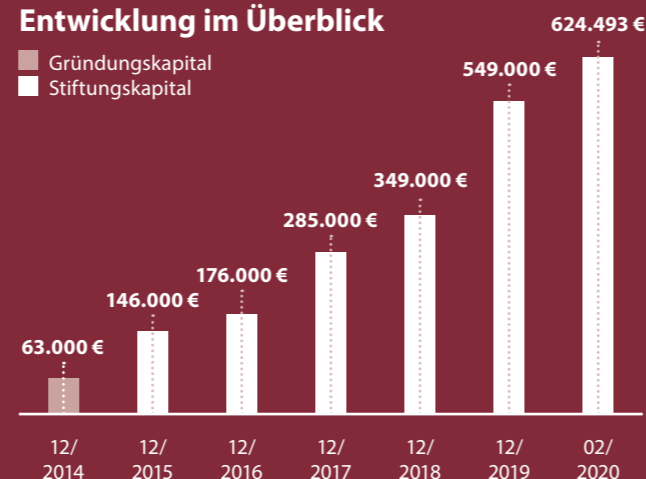
www.stiftung-forumZFD.de
kontakt@stiftung-forumZFD.de
Telefon 0221 – 91 27 32-32

Spendenkonto Stiftung forumZFD

IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

Entwicklung im Überblick

■ Gründungskapital
■ Stiftungskapital



Wie Sie das forumZFD unterstützen können

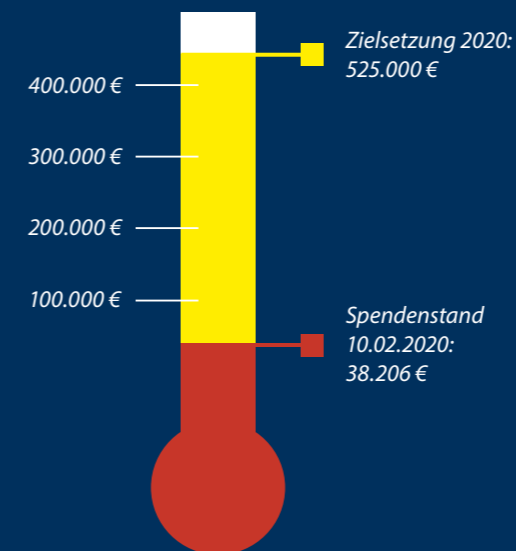
Mit einem Spendenaufkommen im Jahr 2019 von erstmals über einer halben Million Euro haben wir unser Spendenziel deutlich übertroffen. Bei allen unseren Spenderinnen und Spendern möchten wir uns für diese großartige Unterstützung und für das uns entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich bedanken. Bleiben Sie uns verbunden!

Danke!

Zielsetzung 2019:
477.430 €

Ergebnis 31.12.2019:
522.394 €

Spendenbarometer



Spendenkonten

GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/spenden.

Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an kontakt@forumZFD.de.

Ihr Ansprechpartner

Bei Fragen zu Spenden oder Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Das forumZFD ist Unterzeichner der
„Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative

„Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.“

Bertha von Suttner, Pazifistin und Friedensnobelpreisträgerin



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

GLS Gemeinschaftsbank
Spendenkonto: DE90 4306 0967 4103 7264 00
Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
Spendenkonto: DE37 3702 0500 0008 2401 01